

Demokratiedistante und rechtsextreme Stimmungslagen in der Gesellschaft

Herausforderungen für den Kunst- und Kulturbereich



© Goethe-Institut / Loredana La Rocca

Prof. Dr. Beate Küpper,
Professur für Soziale
Arbeit in Gruppen- und
Konfliktsituationen an der
Hochschule Niederrhein,
Ko-Autorin der »Mitte«-
Studie

Die Stürmung des Theaterstücks »Die Schutzbefohlenen« über und mit Geflüchteten von Elfriede Jelinek an der Universität Wien im April 2016 mit Kunstblut und Transparenten »Multikulti tötet« durch die Identitäre Bewegung. Die umgesägten jungen Bäume entlang der Todesmarschrouten der Gedenkstätte Buchenwald 2019, 2020 und 2022, gepflanzt zum Andenken an die Ermordeten. Die Anfrage der AfD im Baden-Württembergischen Landtag 2019, Auskunft über die Anzahl von Künstler*innen ohne deutschen Pass zu erteilen ... In seinem Buch »Volkstheater« (2023) hat der Journalist und Theaterkritiker Peter Laudenbach viele weitere solcher Beispiele des direkten und indirekten rechtsextremen Angriffs auf Kunst und Kultur gesammelt.

Auch aus Kunst und Kultur erfolgen Angriffe – mal mehr, mal weniger direkt –, die wiederum Kunst und Kultur mindestens zum Hinterfragen und ggf. Enttarnen herausfordern. Dazu gehört es etwa, wenn Satiriker*innen den »Wokismus« aufs Korn nehmen, von denen man nicht so genau weiß, worauf sie mit diesem Lächerlichmachen eigentlich abzielen, außer, dass hängen bleibt, Frauen und soziale Minderheiten machten sich irgendwie zu wichtig, stellten zu viele Ansprüche, die Rück-

sichtnahme auf ihre Befindlichkeiten sei albern und übertrieben. Sie zahlen ein auf die nicht nur bei der äußersten Rechten beliebte Erzählung, »die Identitätspolitik« sei zu weit gegangen und habe den Aufstieg der äußersten Rechten herbeigerufen (die sich ebenfalls auf Identitäten beruft). Der Kulturkampf gegen eine vermeintliche »Cancel Culture« arbeitet inzwischen seinerseits mit Verboten und führt aktuell in den USA in schwindelerregender Geschwindigkeit zum Einstellen von DIE-Programmen (zur Förderung von *Diversity*, *Equity* und *Inclusion*). In Deutschland ist bereits in mehreren Bundesländern der Gebrauch gendergerechter Sprache an Schulen, Hochschulen oder in der Verwaltung offiziell verboten, andere wollen nachziehen. Die antisemitischen Angriffe auf Erinnerungsorte und Gedenkstätten – von Hakenkreuzschmierereien bis zum roten Hamas-Dreieck – erfolgen aus diversen politischen Richtungen.

Die Mitte schaut mal entsetzt, mal achselzuckend, klammheimlich bis offen zustimmend oder desinteressiert auch gar nicht zu. Hier offenbart sich eine Stimmungslage in der Gesellschaft, in der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zunehmend hingenommen, als normal empfunden, verbreitet und auch selbst überzeugt geteilt wird.

Demokratiedistanz in der Mitte

Weltweit und auch in Deutschland sinkt das Vertrauen in Demokratie, und zwar nicht nur in eine jeweils aktuelle Regierung und die Funktionstüchtigkeit der Demokratie im eigenen Land, sondern als Verfasstheit von Staat und Gesellschaft. Wer das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie verliert, öffnet sich leichter auch für eine populistische Weltansicht, die pauschal der Logik folgt, »korrupte Eliten« hintergehen, die »gefährlichen Fremden« bedrohen das »ehrliche Volk«, das belegen Studien. Das Misstrauen in die Demokratie wird zudem durch Akteure von Rechtsaußen gezielt und aktiv gesät und befördert, die sich als Alternative zu »Altparteien« und dem »System« präsentiert. So wächst zugleich der Zuspruch zu autoritären Regierungsformen und Autokraten weltweit. Der Wahlerfolg der in erheblichen Teilen rechtsextremen AfD (und die Erfolge anderer Parteien der äußersten Rechten in den Jahrzehnten zuvor) zeugt von der Offenheit vieler Wähler*innen auch in Deutschland für politische Angebote von ganz rechts außen.

Die zuletzt im Winter 2022/23 durchgeführte »Mitte-Studie«, erschienen unter dem Titel »Die distanzierte Mitte« (Zick / Küpper / Mokros 2023), belegt einen drastischen Anstieg um das Dreifache auf nun 8,3 Prozent Verbreitung eines geschlossen rechtsextremen Weltbildes in der Bevölkerung. Weitere 20 Prozent liegen mit ihren Einstellungen in einem Graubereich, sind also nicht rechtsextrem, aber auch nicht klar demokratisch positioniert, auch dieser Anteil hat sich deutlich erhöht. Befragt wurden rund 2.000 Personen, die einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung in Deutschland entsprechen. Die Studie wird seit 2006 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt und seit 2014 vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld umgesetzt. Einen – wenngleich nicht ganz so dramatischen Anstieg – zeigen auch andere Studie.

Ein geschlossen rechtsextremes Weltbild wird Befragten attestiert, die 18 einzelnen Aussagen, in denen sich zusammengenommen rechtsextreme Einstellungen ausdrücken, eher oder voll zustimmen. So stimmten beispielsweise 24 Prozent der Befragten der Aussage: »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« »eher« oder »voll und ganz« zu, weitere 19 Prozent »teils-teils«. 8 Prozent waren der Überzeugung: »Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten«, weitere 18 Prozent »teils-teils«. Zwölf Prozent meinten: »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß«, ebenso viele waren der Ansicht: »Es gibt wertvolles und unwertes Leben.«; 15 Prozent respektive 12 Prozent antworteten mit »teils-teils«.

Diese und ähnliche Aussagen lassen sich drei politisch-historischen Teildimensionen – Befürwortung einer Diktatur, Nationaler Chauvinismus und

Verharmlosung des Nationalsozialismus – und drei sozial-völkischen Teildimensionen – Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus – zuordnen. Diese sechs Teildimensionen korrelieren bemerkenswert eng miteinander, d. h. wer einer zustimmt, neigt mit einiger Wahrscheinlichkeit auch den anderen zu. Auch völkische Ansichten, die modernisiert als »Ethnopluralismus« verkleidet werden, wie ihn die Neue Rechte propagiert, finden Zustimmung. So sind fast 10 Prozent der Befragten der Meinung: »Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen«, weitere 16 Prozent »teils-teils«. Demokratiedistanzte und rechtsextreme Einstellungen finden sich keineswegs nur bei Befragten, die sich selbst im politischen Spektrum rechts der Mitte verortet oder rechtsaußen Parteien wählen, dort allerdings besonders häufig. Von den Befragten, die mit der AfD sympathisieren, hat jeder Fünfte ein geschlossen rechtsextremes Weltbild, 47 Prozent befinden sich mit ihren Ansichten im Graubereich.

Kunst und Kultur als Aufmarschgebiet der äußersten Rechten

Kunst und Kultur sind genuin identitätsstiftend für Gesellschaften. Entsprechend umkämpft sind sie in Zeiten, in denen Gesellschaften die Identitätsfrage offen und kontrovers verhandeln: Wer sind wir, wer wollen wir sein, woher kommen wir, wohin wollen wir gehen? Für die Neue Rechte ist der Bereich von Kunst und Kultur daher das Aufmarschgebiet schlechthin. Kunst und Kultur sind für sie wesentlicher Teil des sogenannten vopolitischen Raumes, den es zu besetzen gilt, um dann im nächsten Schritt Macht im politischen Raum zu erlangen. Sie folgt damit den neomarxistischen Ideen des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891–1937), die der französische Philosoph Alain de Benoist für die äußersten Rechten proklamiert. Ziel ist es, mit einer »Kulturrevolution von rechts kulturelle Hegemonie« zu erlangen. Gesellschaftspolitische Werthaltungen und Selbstidentifikationen, Weltansichten und Ideen bereiten den Boden für politisches Handeln, denen umso weniger Widerstand entgegenschlägt, je kohärenter sie zueinander passen. Die deutsche Geschichte lehrt dies auf das Schrecklichste: Die Deportation der Nachbar*innen nach Auschwitz war möglich, weil eine Gesellschaft Ausschwitz möglich gemacht hat, deren schlummernder Antisemitismus durch politische Akteure gezielt propagandistisch aufgegriffen und hochgeheizt wurde und zwar gerade auch über Kunst und Kultur. Das Gedenken an die Befreiung von Auschwitz vor 80 Jahren ist heute Teil der deutschen Erinnerungskultur, auch diese entsprechend umkämpft.

Einflussnahmen und Angriffe auf Kunst und Kultur von Rechtsaußen

Es lassen sich drei Varianten der Einflussnahmen und Angriffe auf Kunst und Kultur von Rechtsaußen unterscheiden: a) Angriffe von Außen, b) Angriffe von Innen und c) Kultur von Rechtsaußen.

a) Zu den Angriffen von Außen gehören die eingangs angeführten: Akteure der äußersten Rechten stören und bedrohen mit Aktionen missliebige Kunst und Kultur. Im derzeit noch laufenden Projekt »BEWARE – Bedrohte zivilgesellschaftliche Demokratieprojekte wappnen und resilient machen« haben wir vier Formen der Bedrohung durch Rechtsaußen herausgearbeitet (Küpper / Leber / Bohn 2024) und über 500 in dem Feld Aktive nach ihren Erfahrungen damit befragt. Sie lassen sich vermutlich ähnlich auch im Kunst- und Kulturbetrieb finden. Erlebt werden:

- Gewaltförmige Bedrohungen wie Hassmails, Schmierereien, Sachbeschädigung, oder tätliche Angriffe auf kunst- und kulturschaffende Personen, auch Störaktionen lassen sich dazu zählen. Damit erzeugen sie ganz unmittelbar Angst und Schrecken bei Betroffenen.
- Weniger direkt, nichtsdestotrotz nicht minder Wirkung entfalten politische Interventionen. Dazu gehören parlamentarische Anfragen und juristische Mittel wie Anzeigen oder Androhungen damit. Auch die Forderung nach »politischer Neutralität« erfüllt bisweilen diesen Zweck, wird sie doch trotz vielfacher Aufklärung immer noch viel zu oft im Sinne einer Unpositioniertheit gegenüber der liberalen Demokratie missverstanden. Folgen sind Sorge vor Entzug von Fördermitteln und juristischen Konsequenzen, die Reaktion bisweilen Leisetreterei und Rückzug.
- Die Erwartungsangst vor möglichen Bedrohungen ist besonders verbreitet – die Erwartung, dass etwas Schlimmes passiert, ohne dass es bereits eingetreten ist bzw. die Sorge, dass noch Schlimmeres geschieht oder man selbst auch betroffen sein könnte.
- Das gesellschaftspolitische Bedrohungsszenario spiegelt sich in Wahlergebnissen für rechtsaußen Parteien, Demonstrationen rechtsextremer Gruppierungen, dem Anstieg von Hasstaten und dem »gesellschaftlichen Klima« wider, das Angriffe von Rechtsaußen ignoriert, verharmlost, rechtsextreme Ideologie und Akteure legitimiert und damit normalisiert. Auch die Delegitimierung als »linksextrem« von Akteuren, die sich für die liberale Demokratie engagieren, zahlt hierauf ein, Bedrohungen werden im Sinne von »selbst schuld« hingenommen.

b) Angriffe von Innen. Klar, auch im Bereich Kunst und Kultur gibt es tradiertes, unaufgearbeitetes, unreflektiertes Erbe menschenverachtender und antidemokratischer Vergangenheiten. Und es gibt Menschen, die in dieser Gesellschaft und in diesen Kontexten sozialisiert wurden, sich damit identifizieren, vom Gewohnten nicht lassen mögen, und auch solche, die auch selbst demokratiedistante

Überzeugungen vertreten. Dies bereitet den Boden für Einflussnahmen der äußersten Rechten aus dem Kunst- und Kulturbetrieb selbst, weil sie schon da ist, schon immer da war. Gerade über Verschwörungsmethoden, wie sie in der Zeit der Coronapandemie weite Verbreitung auch und gerade im Kunst- und Kulturbetrieb fanden, verlieren sich einige mental, werden abholbereit und abgeholt durch die äußerte Rechte. Die üblichen Ressentiments gegen »die Anderen« gibt es auch hier, auch wenn sie vielleicht in Kunst- und Kultur versteckt oder gar mit Verve aufbereitet werden – rassistische und antisemitische Symbole und Erzählungen allen voran.

c) Kultur von Rechtsaußen. Auch Personen, die rechtsextremer Ideologie bewusst nahestehen, schaffen und konsumieren Kunst und Kultur. Die Forderung, nur noch »völkische Kunst« zu zeigen, trifft zum Beispiel Kunstvereine. Es geht zum einen um das Verdrängen von Kunst, die der äußersten Rechten missliebiger ist, etwa weil sie von migrantischen Künstler*innen ist, zugunsten »nationaler« Kunst- und Kultur, Stichwort Wagner-Opern. Doch auch genuin völkische Kunst war und ist im Angebot. So lädt etwas die Identitäre Bewegung regelmäßig zu »Leseabenden« ein, in denen Bücher alter und neuer Nazis wie »Finis Germania« besprochen werden. In der digitalen Netzkultur, in Games, Comics, Memes usw. ist Kultur von Rechtsaußen allgegenwärtig, mit Bezügen zu germanischen Helden bis zu heroisierten Nazi-Kämpfern, zynischen Holocaust-Anleihen und einem grünen Frosch, beliebt in neurechten Kreisen, den seit Kurzem auch Elon Musk als Portrait auf seiner Plattform X nutzt.

Wie gut ist der Kunst- und Kulturbetrieb gegenüber Einflussnahmen aufgestellt?

Der Kulturbetrieb ist – so meine These – auch durch seinen eigenen Anspruch an Offenheit, Kreativität, Diskurs und Intellektualität in besonderer Weise heraufgefordert. Und auch, weil er sich aus eigenem Selbstverständnis und Selbstbewusstsein heraus, – Verzeihung, auch teilweise der eigenen Überheblichkeit – bisweilen vielleicht auch ein wenig über den Dingen schwebend fühlt (was wer mit der Wissenschaft teilt), entsprechend naiv und wenig wach. »Mit rechten Reden«, um sie argumentativ zu schlagen, ist so ein Beispiel. Wenn die Demokratie das nicht schafft, sich nicht gegen das Spiel mit Emotionen bis hin zur Bedrohung, gegen das Zugeballert-Werden auf Social Media durchsetzen kann, hat sie dann schlicht Pech gehabt?

Reaktionen von Hilflosigkeit, Überforderung und Zögerlichkeit, weil subtilere Einflussnahmen und Angriffe erst einmal bemerkt, verstanden und dechiffriert werden müssen, Sorge, Verängstigung und Angst, weil offene Angriffe erst einmal eingeordnet und verdaut werden müssen. Wegducken und Einknicken, Absagen an unliebsame Kunst (nach vorherigen Protesten u.a. von AfD-Mitgliedern zunächst etwa eines Konzerts der mehrfach ausgezeichneten, zeitweise vom Landesverfas-



LVR-Kulturkonferenz

Kultur. Nachhaltig. Wirtschaften.

21. Mai 2025

Kulturzentrum Fabrik Heeder in Krefeld

Infos und Anmeldung unter: www.kulturkonferenz.lvr.de

Gefördert durch:

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



In Kooperation mit:



sungsschutz Mecklenburg-Vorpommern als links-extrem geführten Rostocker Punkrockband »Feine Sahne Fischfilet«, die sich explizit gegen Rechts-extremismus positioniert, im Dessauer Bauhaus im Herbst 2018, das durch das ZDF aufgezeichnet werden sollte).

Vermutlich dürften gerade staatliche Einrichtungen, die eher nicht auf Skandal bzw. Provokation setzen, besonders schlecht aufgestellt sein – rechnen sie doch eher gar nicht mit solchen Angriffen und sind weniger geübt, fühlen sich vielleicht auch ein wenig abseits des aufgeheizten Geschehens, bieten sie doch auch Refugien der Schönheit und Ruhe, der intellektuellen und emotionalen Besinnung. Und natürlich gibt es viele kluge, engagierte Auseinandersetzungen mit dem Thema. Die derzeit offenere Frage denn je seit Ende des Nationalsozialismus ist, wie weit und wie lange sie reichen.

Gefragt ist zuvorderst der Schutz der unmittelbar Angegriffenen, erst recht, wenn sie auch jenseits der Bedrohung durch die äußerste Rechte im Alltag Abwertungen und Feindseligkeiten ausgesetzt sind, weil sie als irgendwie »fremd«, »anders«, vielleicht auch manchmal anstrengend, wahrgenommen werden. Bedrohungen werden sehr individuell wahrgenommen, erlebt und verarbeitet, der langjährige weiße Museumsdirektor kann es

sich bisweilen nur schwer vorstellen, was die junge Mitarbeiterin of Color alles so abbekommt, traurig, genervt und geübt aushält. Gefragt sind auch eine Politik und Verwaltung, die wach gegenüber den Einflussnahmen und Angriffen der äußersten Rechten sind und sich hier nicht einschüchtern lassen oder gar über Mahnung an »politische Neutralität« Vorschub leisten.

Einrichtungen stehen in Austausch miteinander, um sich den Rücken zu stärken, haben sich auf den Weg gemacht, Konzepte zu entwickeln, um sich gegenüber möglichen Einflussnahmen und Angriffen präventiv zu wappnen. Ähnliches ließe sich auch für Kulturinstitutionen und -verwaltung denken. Im Rahmen des »BEWARE«-Projekt haben wir hierfür ein Praxistool entwickelt, das ggf. adaptiert auch den Kulturbereich unterstützen kann, ein jeweils passendes Konzept zu entwickeln (abrufbar unter: www.wi-rex.de).

Literatur

- Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn
- Beate Küpper / Leber, Tina / Bohn, Irina (2024): »Demokratierelevante Bedrohungen durch Rechtsaußen«, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1/2024, S. 11-28 ■